



SPD – Ratsfraktion Ostbevern

Ostbevern, den 27. 01. 05

Anträge zur Sitzung des Umwelt – und Planungsausschusses am 27. 01. 05

Betrifft Haushaltstelle:

- HH – Stelle 1200 : Die Verwaltung entwickelt einen Wettbewerb zum autofreien Sonntag, der einen deutlichen Anreiz zum 'Autosparen' beinhaltet.
Kosten: 200 €
- HH – Stelle 6300: Absenkung des Bürgersteigs Ecke Schulstraße – Mühlenweg;
Kosten: 1000 €
- HH – Stelle 6300 : Die Verwaltung wird beauftragt, für eine deutliche Geschwindigkeitsreduzierung auf der Schmedehausener Straße in Brock zu sorgen. Dazu sind in Verhandlungen mit den überörtlichen Behörden alle Möglichkeiten zu prüfen.
Kosten / Deckungsvorschlag: zur Ratssitzung
- HH – Stelle 6300: Ebenso wird die Verwaltung beauftragt, den schnellstmöglichen Bau des auch im Verkehrsgutachten geforderten Kreisels in Brock zu ermöglichen. Dazu sind auch außerplanmäßige Maßnahmen zu überprüfen.
Kosten / Deckungsvorschlag zur Ratssitzung
- HH – Stelle 8800: Weitere gemeindeeigene Gebäude werden mit Solarenergie beliefert. Dazu eignen sich die Restfläche auf dem Dach der Hauptschule und Dächer des Bauhofs und der Kläranlage. In Gesprächen ist zu klären, ob und inwieweit die Agenda 21 erneut bereit und in der Lage ist, dieses Projekt zu unterstützen oder in Eigenregie zu realisieren. Was die Hauptschule angeht, sollte die Bürgerbeteiligung über Anteilsscheine auch auf den Restteil ausgeweitet werden.
Kosten / Deckungsvorschlag: abhängig von den Modellen
- HH – Stelle 8800: Die Verwaltung entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Verein Agenda 21 mit Handwerkern, Architekten u. a. Sachverständigen das Projekt "Altbauten sanieren – Klima retten". Mit diesem Projekt wird – im Sinne der verbleibenden Aufgaben aus dem "energie award" – ein wichtiger zweiter Schritt der Klimapolitik Ostbeverns angestoßen: Private Hausbesitzer werden informiert und aufgerufen, ihren (großen !) Beitrag zur Klimawende zu leisten. Mögliche Maßnahmen: Informationsveranstaltungen, Erstellen einer Broschüre, Beteiligung am Wettbewerb "Energiesparer NRW" (vgl. 'mitteilungen' des Städte - und Gemeindebundes NRW, Dezember 2004)
Der Rat stellt dazu 2000 € in den Haushalt.